

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung
des Stadtrates
vom Dienstag, 24. November 2009

Sitzungsleiter: Bürgermeister Brilmayer
Schriftführer/in: Herr Bumann

Anwesend waren die stellv. Bürgermeister Riedl und Ried, die Stadträtinnen Anhalt, Gruber, Dr. Luther, Platzer, Rauscher, Schmidberger, Schurer, Will und Warg-Portenlänger sowie die Stadträte Abinger, Brilmayer, Gietl, Goldner, Heilbrunner, Lachner, Mühlfenzl, Schedo, Schechner, Schuder, Schulte-Langforth und Zwingler.

Entschuldigt fehlte die Stadträtin Bachmeier.

Frau Pfleger, Herr Bumann, Herr Napieralla und Herr König nahmen beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

TOP 1

Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK);
Vorstellung Varianten zur innerstädtischen Verkehrsführung
öffentlich

TA 23.04.09

Einleitend erläuterte Bürgermeister Brilmayer die Hintergründe für die Erstellung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes und insbesondere die Erarbeitung eines innerstädtischen Verkehrskonzeptes. Die Eröffnung der Südumgehung im Herbst 2010 und die dadurch bedingte Verkehrsverlagerung auf den Durchgangsstraßen in Ebersberg machen eine eingehende Untersuchung der Verkehrsverhältnisse notwendig. Hierzu wurden in letzter Zeit mehrere möglich Varianten erarbeitet, wie der Verkehr in der Innenstadt zukünftig geführt werden könnte. Am Ende einigte sich der Stadtrat in einem Workshop im September 2009 auf 2 Varianten, die als Stufenmodell nach und nach umgesetzt werden könnten. Die Bürger hatten zuvor ebenfalls die Möglichkeit sich im Rahmen einer Informationsveranstaltung kundig zu machen.

In der Sitzung wurden diese Varianten der Öffentlichkeit vorgestellt. Ein Beschluss sollte baldmöglichst gefasst werden, um dem Straßenbauamt die Möglichkeit zu geben, vor der Eröffnung der B 304 Umgehung die notwendige Beschilderung vorzunehmen. Dazu wurden Herr Dr. Salm und Herr Dr. Stegen, Herr Rumpff vom Büro Dorsch sowie Herr Gronle vom Büro Plankreis zur heutigen Sitzung begrüßt.

Herr Dr. Stegen führte zunächst in das Thema ein und erklärte, dass das Thema Verkehr integrierter Bestandteil des gesamten Entwicklungskonzeptes sei. Die heutige Stadtratssitzung handelt lediglich dieses Themenfeld ab. Hierzu wurden von den Planern in Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den Mitgliedern des Stadtrates 8 wichtige Ziele für die zukünftige Entwicklung der Innenstadt erarbeitet. Diese Ziele stellten die Entwicklung des Einzelhandels, der Altstadtpassage und die Beruhigung des innerstädtischen Verkehrs in den Mittelpunkt. Alle untersuchten Varianten wurden an diesen Zielen gemessen und über eine Matrix ausgewertet. Die Varianten haben zum einen die Beibehaltung des Einbahnstraßensystems und zum anderen die Öffnung in ein Zweirichtungsverkehr aufgezeigt.

Nachfolgend erläuterte Verkehrsplaner Rumpff vom Büro Dorsch die Varianten, die der Stadtrat in seinem Workshop favorisiert hatte. Dies war zum einen die Variante 2.4 – Begegnungsverkehr. Hier werden alle Straßen, die heute als Einbahnstraßen geführt werden, für den PKW Verkehr geöffnet. Das bedeutet, dass der Marienplatz von beiden Seiten angefahren werden kann, ebenso wie die Münchner Straße, die Heinrich-Vogl-Straße sowie die Bahnhofstraße. Allerdings gilt dies nicht für den LKW Verkehr. Dieser folgt weiterhin dem bisherigen Einbahnstraßenring. Mit der Ausnahme, dass die Dr. Wintrich Straße auch vom LKW beidseitig befahren werden darf, da davon auszugehen ist, dass die Verkehrsmenge hier durch die Südumgehung stark abnehmen wird.

Die zweite vom Stadtrat favorisierte Variante war die Variante 2.2 Begegnungsverkehr. Hier darf der PKW wieder alle heute gesperrten Straßen befahren, also auch den Marienplatz. Der Schwerverkehr hingegen darf die Bahnhofstraße und damit den Marienplatz künftig nicht mehr ansteuern. Dieser wird künftig im Zweirichtungsverkehr über die Heinrich-Vogl-Straße geführt. Die Eichthalstraße darf von Süd nach Nord ebenfalls vom Schwerverkehr befahren werden. Die Verkehrsführung aller übrigen Straßen bleibt gleich.

Alle Varianten untersuchten ebenso die Führung von Fuß- und Radverkehr. Dies seien jedoch Detailfragen, die nach Beschlüssen, wie der Verkehr grundlegend zu führen sei, geklärt werden müssten, so der Verkehrsplaner. Grundsätzlich würden beide Varianten funktionieren, wobei das Straßenbauamt Rosenheim als zuständige Behörde beiden Varianten ihr Einverständnis erteilt hätte.

Abschließend bewertete Herr Gronle vom Büro Plankreis die beiden favorisierten Varianten aus städtebaulicher Sicht. Die Variante 2.2, welche durch die Sperrung eine Verkehrsberuhigung des Marienplatzes vom Schwerverkehr vorsehe, sei die wesentlich weitergehende Möglichkeit den Verkehrs zu führen. Dies erfordere einige Umbaumaßnahmen im Verkehrsraum, so Gronle. Deswegen wurde ein Zweistufenmodell erarbeitet, welches problemlos angepasst an die jeweiligen Umsetzungsmöglichkeiten, umgesetzt werden kann.

Die erste Stufe werde nach Eröffnung der B 304 Südumfahrung verwirklicht. Dies entspricht der Variante 2.4, womit der PKW die Innenstadt ohne Einschränkung befahren darf. Der LKW verkehr wird weiterhin im Einbahnsystem über Bahnhofstraße, Heinrich-Vogl-Straße und Münchner Straße gelenkt. Die Umsetzung der ersten Stufe ist ohne größere Umbaumaßnahmen durchführbar. Die Verkehrsbelastung nimmt auch mit dieser Variante auf allen Straßen deutlich ab.

Mit der Eröffnung des Einkaufszentrums in der Altstadtpassage entsteht zwischenzeitlich eine neue Verkehrssituation. Im Zuge des Bauleitplanverfahrens für das Vorhaben werden noch Verkehrsgutachten erstellt, die die Verlagerung der dadurch bedingten Verkehre untersuchen werden.

Abschließend kann langfristig als zweite Stufe die untersuchte Variante 2.2 verwirklicht werden. Diese Variante macht den Umbau verschiedener Einmündungen bzw. Kreuzungen notwendig. Insbesondere die Ecke Wintrichstraße/Eichthalstraße sowie beide Enden der Gärtnereistraße sind hierbei umzubauen. Auch ist ein möglicher Kreisverkehr an der Kreuzung Bahnhofstraße/Wintrichstraße und Dr. Wintrichstraße zu untersuchen. Die größte Schwierigkeit ist jedoch die beengte Durchfahrt entlang der Heinrich-Vogl-Straße. Hier ist eine Verbreiterung von heute 5,50 Meter auf zukünftige 5,90 Meter notwendig, damit ein LKW Begegnungsverkehr gefahrlos abgewickelt werden kann. Diese Maßnahme könne durch die vorhandene Passage und die Errichtung weiterer Querungshilfen städtebaulich verträglich entlang der Ostseite gestaltet werden, so Herr Gronle. Hier ist mit den Grundeigentümern in Verhandlung zu treten und ein entsprechender Grunderwerb zu tätigen.

In der anschließenden Diskussion wurden die Untersuchungen sowie die Betrachtung verschiedener Verkehrsteilnehmer gelobt. Grundsätzlich wurde die Variante 2.4, die als erste Stufe verwirklicht werden soll, als sinnvoll und machbar angesehen. Die weitere Stufe wurde jedoch kritisch betrachtet. Die Verbreiterung der Heinrich-Vogl-Straße kann nur langfristig umgesetzt werden. Hier sind noch weitere Untersuchungen notwendig. Generell muss noch auf schwächere Verkehrsteilnehmer, wie Radfahrer und Fußgänger, verstärkt eingegangen werden. Aufgrund des demographischen Wandels wird diese Gruppe in den nächsten Jahren zunehmen.

Die Fraktionsmitglieder warfen einige Fragestellungen auf, welche noch weiterer Untersuchungen bedürfen:

- Möglichkeit eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Bahnhofstraße, Dr. Wintrich Straße, Wasserburger Straße,
- Verbot des Linksabbiegens von der Eberhardstraße zum Marienplatz,
- Ausbaumöglichkeiten der Heinrich-Vogl-Straße
- Querungshilfe für Fußgänger und Radfahrer über die Heinrich-Vogl-Straße auf Höhe der Valentingasse,
- Aufzeigen von Maßnahmen für Fußgänger und Radfahrer im Allgemeinen,
- Verhinderung von Ausweichverkehren in Wohngebiete wie Wildermuthstraße oder Sempstraße.

StR Schedo stellte zum Abschluss eine weitere Variante zur Diskussion, welche den Planern als weiterer Vorschlag zugeschickt werden sollte.

Bürgermeister Brilmayer schlug abschließend vor, die aufgeworfenen Fragen und Anregungen der Mitglieder des Stadtrats aufzunehmen und diese den Planern zuzuleiten. Die Planer sollen die im Grundsatz befürworteten Varianten im Hinblick auf die vorgebrachten Empfehlungen untersuchen und die Vorschläge prüfen. Ebenso soll die neu vorgeschlagene Variante in die Untersuchung einbezogen werden.

Die Mitglieder des Stadtrats begrüßten die vorgeschlagene Vorgehensweise ohne weiteren Beschluss. Der Technische Ausschuss soll die neu abgestimmten Varianten in einer der nächsten Ausschusssitzungen vorberaten.

TOP 2

Ortsumfahrung Ebersberg i. Zuge der Staatsstraße 2080;
Auswahlentscheidung über die Varianten der Machbarkeitsstudie
hierzü: Antrag der Fraktionen der CSU u. der FW v. 30.10.09
Antrag der SPD-Fraktion vom 01.11.09

öffentlich

Im Januar 2009 stellte das Straßenbauamt Rosenheim die Ergebnisse seiner Variantenuntersuchung für eine Nord-Süd Umfahrung von Ebersberg im Zuge der Staatsstraße 2080 der Öffentlichkeit vor. Hierbei wurden verschiedenen Möglichkeiten einer Trasse im Osten, im Westen von Anzing kommend durch den Forst sowie einer Tunnelvariante untersucht.

Bürgermeister Brilmayer erläuterte zunächst, dass das Straßenbauamt für den nächsten Staatsstraßenausbauplan eine Variante dem Innenministerium als zuständiges Organ melden müsse. Hierzu wäre ein klarer Beschluss des Stadtrates notwendig, damit der Wunsch der Stadt sichtbar sei. Gegen deren Willen plane bzw. baue das Straßenbauamt keine der Trassen, so die Aussage des Straßenbauamtes. Gleichwohl werde die Behörde in jedem Falle eine der vorgestellten Trassen dem Ministerium melden müssen. Der Kreistag habe im Vorfeld schon für ein Mobilitätskonzept auf Gesamtkreisebene gestimmt und so einer großräumigeren Lösung den Weg geebnet.

Zu dem Tagesordnungspunkt sind mehrere Anträge der Fraktionen eingegangen. Die Stadtratsfraktionen der CSU und der Freien Wähler beantragen folgendes:

1. Der Stadtrat befürwortet die Erstellung eines Gesamtverkehrskonzeptes im Landkreis Ebersberg und fordert dessen zügige Umsetzung.
2. Der Stadtrat lehnt die vorliegenden Einzelvarianten der Machbarkeitsstudie Ortsumfahrung Ebersberg des Staatlichen Bauamtes Rosenheim ab.
3. Im Rahmen des Integrierten Verkehrskonzeptes sollen weitere Verbesserungen für die Zeit nach der Auslagerung der B 304 erzielt werden.

Der Antrag wurde von beiden Fraktionen mit der Notwendigkeit weiterer Umgehungen zahlreicher Gemeinden im Landkreis begründet. Um den Verkehr großräumig zu bündeln und eine Entlastung für den gesamten Landkreis herbeizuführen sei eine Weiterführung der Flughafentangente Ost von der A 94 zur B 304 mit einer Ortsumgehung Kirchseeon sinnvoll und notwendig. Die Fraktionen begrüßen demnach die zuvor getätigten Beschlüsse des zuständigen Ausschusses

des Kreistages und sehen in diesem Gesamtkonzept eine aus ökologischen, ökonomischen und zeitlichen Erwägungen wirkungsvolle Lösung des Problems.

Die vorgeschlagenen und untersuchten Varianten des Straßenbauamtes Rosenheim werden abgelehnt, da hier die zu erwartenden Belastungen der Bürger den Nutzen einer der Varianten übersteigen. Im Hinblick auf die politische Unterstützung des Kreistages sowie des federführenden Ministeriums sei eine großräumige Lösung ein vielversprechenderer Weg. Gleichzeitig solle das Integrierte Verkehrskonzept für die Zeit nach Fertigstellung der Südumgehung Ebersberg Lösungsmöglichkeiten für eine zeitnahe Entlastung der Bürger suchen.

Die SPD Fraktion stellte folgenden Antrag:

Die Stadt Ebersberg klärt unverzüglich mit allen möglicherweise beteiligten Straßenbulasträgern ab, ob und unter welchen Voraussetzungen und in welchem Zeitrahmen eine gemeinsame Planung und Finanzierung einer „weiträumigen Westumgehung“ möglich ist.

Begründet wurde der Antrag damit, dass bei der Verwirklichung einer Gesamtlösung im Westen des Landkreises rechtliche und tatsächliche Probleme gesehen werden. Angesichts der verschiedenen Straßenbulasträger könne weder der Kreis noch die Stadt Vorgaben im Hinblick auf den vorgeschlagenen Lösungsansatz machen. Am schnellsten könne zweifelsohne eine Variante im Osten Ebersbergs umgesetzt werden. Jedoch seien hier die Belange Landschaftsbild und Naturschutz sehr beeinträchtigt. Deswegen beantrage die Fraktion eine sorgfältige Prüfung des Gesamtverkehrskonzepts für die man lange Jahre selbst eingestanden sei. Die Fraktion spreche sich im Übrigen für die untersuchte Westtrasse des Straßenbauamtes aus. Das hier befindliche FFH Gebiet wurde willkürlich festgelegt und könne anhand anderer Planungen zur Disposition gestellt werden.

Die Fraktion der Grünen sprach sich in der Diskussion für die Verwirklichung des Stadttunnels aus. Dieser bringe den größten Entlastungseffekt und schone die Landschaft am effektivsten. Der Tunnel wurde jedoch in der Vergangenheit nicht ausreichend untersucht und die Nachteile zu stark in den Vordergrund gestellt. Eine mögliche Variante im Osten von Ebersberg sei aus ökologischer Sicht abzulehnen, weswegen die Fraktion als Alternative den Tunnel bevorzuge.

Bürgermeister Brilmayer ergänzte zum Abschluss der Diskussion seinen Standpunkt, indem er sich zugunsten einer Gesamtlösung aussprach. Der Bau des Tunnels berge hohe Risiken wie Geländeabbrüche oder neue Unfallschwerpunkte innerhalb des Tunnels. Auch werden mit dem Bau des Tunnels die Verkehrsbelastungen rund um den Klostersee nicht gelöst.

Die ortsnahe Umfahrung im Westen durchschneide ein FFH Gebiet und sei aus rechtlicher Sicht nicht verwirklichtbar, solange es alternative Trassenvarianten gebe. Im Übrigen werde die Stadt langfristig durch anderweitige Verkehrsplanungen zusätzlich entlastet.

Zum Abschluss stellte der Bürgermeister den Mitgliedern des Stadtrates alle Varianten des Staatlichen Bauamtes Rosenheim, die vorgeschlagenen Varianten von Dr. Oettinger und des Agendaarbeitskreises Verkehr und die beiden Anträge der CSU und Freien Wähler sowie der SPD Fraktion zur Abstimmung vor.

Die Mitglieder des Stadtrates votieren wie folgt:

- Variante 1 (Umfahrung West durch den Forst) 4:20 Stimmen, damit abgelehnt
- Variante 3 (alternative Umfahrung West durch den Forst) 0:24 Stimmen, damit abgelehnt
- Variante 4 (Stadttunnel) 5:19 Stimmen, damit abgelehnt
- Variante 5 a, 5 b, 5 c, 5 d, 5 e (jeweils Umfahrung Ost) 0:24 Stimmen, damit abgelehnt
- Variante Dr. Oettinger 0:24 Stimmen, damit abgelehnt
- Variante Agenda Verkehr 0:24 Stimmen, damit abgelehnt
- Antrag der CSU und FW für ein Gesamtverkehrskonzept 15:9 Stimmen, damit angenommen
- Antrag der SPD für vorgeschaltete Untersuchung 9:15 Stimmen, damit abgelehnt

Damit votierten die Mitglieder des Stadtrates mehrheitlich für den Antrag der CSU und Freien Wähler und befürworteten demnach die Erstellung eines Gesamtverkehrskonzeptes im Landkreis Ebersberg. Die untersuchten Varianten des Straßenbauamtes wurden damit abgelehnt.

TOP 3

Verschiedenes

öffentlich

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

TOP 4

Wünsche und Anfragen

öffentlich

Es wurden keine Wünsche und Anfragen vorgetragen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 22.30 Uhr

Brilmayer
Sitzungsleiter

Bumann
Schriftführer